



Stärkung der Bildungsqualität in Hessen: 10-Punkte-Plan und digitale Offensive

Liebe Lehrkräfte,
liebe Schüler*innen,
liebe Eltern,



die im Herbst veröffentlichten Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 2024 zeigen besorgniserregende Ergebnisse bei 9-Klässler*innen in den MINT-Fächern. Bundesweit ist der Anteil der Schüler*innen, die die Mindeststandards in Mathematik nicht erreichen, seit der

letzten Erhebung im Jahr 2018 um 10 Prozentpunkte auf 34 Prozent gestiegen. Hessen hat sich dabei nicht nur im Vergleich zu 2018, sondern auch im Vergleich der Bundesländer merklich verschlechtert. In allen getesteten Fächern liegen die Schüler*innenleistungen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Im Gegensatz dazu haben sich die Lernleistungen der Schüler*innen in Hamburg laut verschiedenen Vergleichsstudien der letzten Jahre und auch im IQB-Bildungstrend auffällig besser entwickelt. Diese positive Entwicklung steht Expert*innen zufolge u.a. in engem Zusammenhang mit der in Hamburg seit Jahren konsequent betriebenen datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung. Im krassen Gegensatz dazu zeigt Hessens Kultusminister Schwarz eine regelrechte Zahlen- und Datenscheu. Zuletzt verstieg er sich zu der Aussage, dass Zahlen bei der Bewertung des Lehrkräftemangels nicht hilfreich seien. Und im Gegensatz zu anderen Bundesländern werden auch bereits vorhandene Daten nicht systematisch genutzt: Bspw. werden die Ergebnisse der Zentralen Lernstandserhebungen (VERA-Vergleichsarbeiten) nicht landesweit ausgewertet und somit nicht als datenbasierte Grundlage

für die Bildungspolitik in Hessen nutzbar gemacht. Auch die Problemanalyse des Kultusministers zum schlechten Abschneiden Hessens beim IQB-Bildungstrend ist irritierend: Zwar erkennt der Minister sicherlich richtig, dass sehr vielen Schüler*innen die pandemiebedingten Einschränkungen noch in den Knochen stecken, doch stellt sich die Frage, warum die schwarz-rote Landesregierung unter seiner Führung als Kultusminister dann als eine ihrer ersten Amtshandlungen das Corona-Aufholprogramm „Löwenstark“ abgeschafft hat. Mehr noch: anstatt die Budgets der Schulen für zusätzliche Fördermaßnahmen weiter aufzustocken, wurden den Schulen auch noch 20 Millionen Euro aus ihren Schulrücklagen gekürzt.

Für uns GRÜNE steht fest: So kann es nicht weitergehen. Während die schwarz-rote Landesregierung bislang nichts präsentiert hat, wie sie auf die besorgniserregenden Ergebnisse des IQB-Bildungstrends reagieren möchte, haben wir GRÜNEN einen 10 Punkte-Plan mit kurz- und mittelfristigen Maßnahmen zur Stärkung der Bildungsqualität entwickelt. Zudem schlagen wir eine Digitale Offensive für Hessens Schulen vor, mit einer dauerhaften Ausstattung aller hessischen Lehrkräfte und aller Schüler*innen ab Klasse 7 mit digitalen Arbeitsgeräten sowie mit flächendeckendem Medienbildungsunterricht.

Wir freuen uns über Ihre Anregungen und Kritik und kommen gerne mit Ihnen ins Gespräch. Unsere Kontaktdaten finden Sie auf der Rückseite.

Daniel May,
bildungspolitischer Sprecher

10 Punkte-Plan zur Stärkung der Bildungsqualität in Hessen

Kurzfristige Maßnahmen (noch in diesem Jahr)

1. **Umfassende Auswertung der Lernstandserhebungen – mehr datengestützte Schulentwicklung**

Es braucht jenseits der nur alle paar Jahre durchgeführten bundesweiten Lernvergleichsstudien eine fortlaufende jährliche Datenerhebung und -auswertung zur Entwicklung der Lernleistung an Hessens Schulen. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern werden aber bspw. die Ergebnisse der Zentralen Lernstandserhebungen (VERA-Vergleichsarbeiten) in den Klassenstufen 3 und 8 in Hessen nicht ausgewertet und veröffentlicht, sondern nur schulbezogen zur Verfügung gestellt. Damit stehen diese Daten der hessischen Bildungspolitik auf Landesebene nicht als umfassende Entscheidungsgrundlage zur Verfügung. Wir fordern, beginnend in diesem Jahr, die Ergebnisse der Zentralen Lernstandserhebung

umfassend (und datenschutzkonform) aufzubereiten und für alle Ebenen der Bildungsverwaltung zur Verfügung zu stellen. Damit kann mit relativ wenig Aufwand – denn die Daten werden ja ohnehin erhoben – ein schneller Einstieg in eine datengestützte Schul- und Unterrichtsentwicklung in Hessen gemacht werden.

2. **Chancenbudget für alle Schulen in Hessen**

Wir wollen allen Schulen dauerhaft ein Chancenbudget zur Verfügung stellen. Damit können sie in eigener Verantwortung und nach Bedarf vor Ort Förderangebote zum Aufholen nach Corona, insbesondere im Bereich der Basiskompetenzen in Deutsch und Mathematik, aber auch Angebote zur psychosozialen Gesundheit, zur kulturellen Bildung oder Bewegungsförderung machen. Die Höhe des Budgets soll sozialindiziert gestaffelt werden und so insbesondere die Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen gezielt unterstützen.

3. **Ausbau der Ferienförderkurse mit Schwerpunkt auf Deutsch & Mathematik**

Ferienkurse und Lerncamps sind eine gute Möglichkeit, um bereits erlernte Inhalte zu wiederholen und mögliche Lücken zu schließen. Die in den hessischen Schulferien angebotenen Lerncamps müssen deswegen noch in diesem Jahr deutlich ausgebaut werden, um für mehr Schüler*innen in Hessen wohnortnah ein Angebot machen zu können. In den Weihnachtsferien finden bisher keine Lerncamps statt. Wir schlagen deshalb vor, die „Hessenwoche“ (dritte Weihnachtsferienwoche) ab dem kommenden Schuljahr zur Lern- und Förderwoche für Hessens Schüler*innen zu machen. Zudem wollen wir in den Folgejahren für Schüler*innen mit erheblichem Förderbedarf in Deutsch und Mathematik (ab Note 4) einen Rechtsanspruch auf mindestens einen Förderkurs pro Schuljahr schaffen. Das Land muss hierfür die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen und alle betreffenden Schüler*innen und ggfls. deren Eltern müssen direkt mit einem konkreten Förderangebot angesprochen werden.



Syda Productions / stock.adobe.com

Mittelfristige Maßnahmen (bis zum Ende der Wahlperiode/2029)

4. **Einstieg in datengestützte Schul- und Unterrichtsentwicklung nach Hamburger Vorbild**

Wir brauchen eine Kultur des regelmäßigen Messens und Evaluierens auf allen Ebenen, um die Schul- und Unterrichtsqualität an Hessens Schulen verbessern zu können – die Scheuklappenmentalität des Kultusministers nach dem Prinzip „was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“ wird uns nicht weiterbringen. Im Gegenteil: Die Bildungsforschung weist seit längerem auf die Bedeutung von datengestützten und evidenzbasierten Entscheidungen für die erfolgreiche Qualitätsentwicklung von Schulen hin. Hamburg gilt in diesem Zusammenhang oft als Vorreiter in Deutschland. Hier wertet ein eigenes Institut systematisch Daten auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Bereichen aus, um darauf aufbauend die Bildungspolitik, Schulen und Lehrkräfte aktiv zu beraten. Wir GRÜNEN wollen, dass Hessen dem Hamburger Vorbild einer konsequenten datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung folgt und ein „Hessisches Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung“ gründet, das umfassend Daten erhebt, analysiert und aufbereitet sowie die verschiedenen Ebenen – Lehrkräfte, Schulleitungen, staatliche Schulämter – im Umgang mit diesen Daten berät und qualifiziert. Die Vorbereitungen hierfür müssen noch in dieser Wahlperiode starten. Darüber hinaus sollen die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für die Einführung einer Schüler-ID und eines Bildungsverlaufsregisters für die gesamte Bildungslaufbahn von der Kita bis zum Schulabschluss geprüft werden, um die Lernentwicklung über verschiedene Bildungsabschnitte hinweg begleiten zu können. Um die individuelle Förderung der Schüler*innen in immer heterogeneren Klassen zu verbessern und Lehrkräfte bei der Erfassung von Lernständen zu entlasten, wollen wir Programme der digitalen Lernverlaufsdiagnostik, wie das bereits bestehende Tool „Quop“, ausweiten bzw. flächendeckend verbindlich einführen – in einem ersten Schritt für die Fächer Deutsch

und Mathematik von Klasse 1 bis 10. Die Kerncurricula müssen umfassend überprüft und ggfls. überarbeitet werden.

5. **Entwicklungsstandtestung aller Vorschulkinder und Ergänzung der Sprachvorlaufkurse um Mathematik**

Wir brauchen eine flächendeckende und standardisierte Entwicklungsstandtestung aller Kinder etwa 18 Monate vor der Einschulung. Bisher schätzen die Grundschulen die Kinder bei der Schulanmeldung bezüglich ihres Sprachstands ein. Hier fehlen aber



klare Standards, eine systematische Erfassung und eine zusammenfassende (anonymisierte) Auswertung der Ergebnisse, wie bspw. in Hamburg. Darüber hinaus braucht es nicht nur eine Testung der sprachlichen Fähigkeiten, sondern auch des Mengen- und Zahlenverständnisses, der Motorik und des Sozialverhaltens. Auf Grundlage der Testergebnisse soll dann eine verbindliche Förderempfehlung für die Teilnahme an den bereits verpflichtend gestellten Sprachvorlaufkursen im Jahr vor der Einschulung gegeben werden. Diese müssen inhaltlich um die Förderung mathematischer Grundlagen, aber auch motorischer Fähigkeiten ergänzt werden. Diese Ergänzung muss mit Ressourcen von mindestens zwei zusätzlichen Schul- bzw. Kursstunden hinterlegt werden.

6. Ungleiches ungleich behandeln – sozialindizierte Ressourcen besser steuern und ausweiten

Der Bildungserfolg hängt in Deutschland nach wie vor wie in kaum einem anderen Land von der sozialen Herkunft ab – das hat die letzte PISA-Studie erneut bestätigt. Eine sozialindizierte Ressourcenverteilung ist deswegen ein wichtiges Instrument, um die unterschiedlichen Voraussetzungen, unter denen Schulen arbeiten, anzugleichen und dort gezielt zu unterstützen, wo die Herausforderungen aufgrund der Zusammensetzung der Schüler*innenschaft am größten sind. In Hessen haben wir bereits seit eini-



gen Jahren einen Sozialindex, doch enthält dieser nicht genug schulscharfe Kriterien und ist deswegen ungenau. Zudem werden bisher zu wenige Ressourcen des Landes anhand der Indexwerte der einzelnen Schulen verteilt. Der hessische Sozialindex muss deswegen noch in dieser Wahlperiode unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus anderen Bundesländern, insbesondere Hamburg, überarbeitet und dabei um mehr schulscharfe Kriterien ergänzt werden. In einem nächsten Schritt muss die Ressourcenzuweisung des Landes an Hessens Schulen stärker anhand dieses überarbeiteten Sozialindex erfolgen. In einem ersten Schritt wollen wir eine Aufstockung der Ressourcen um 150 auf 800 Lehrkräftestellen. Langfristig wollen wir erreichen, dass mindestens fünf Prozent der landesseitigen Ressourcenzuweisung (Lehrkräfte, sozialpädagogische Fachkräfte, Ressourcen für Ganzttag, Inklusion etc.) zusätzlich für Schulen im unteren Drittel der Index-

skala zur Verfügung stehen. Schulen mit niedrigem Sozialindex sollen insbesondere bei der Einführung bzw. Erprobung neuer Programme und Zuweisungen (s. auch Punkt 7 und 10), Vorrang haben.

7. Mehr echte Ganztagschulen an Schulen mit besonderen Herausforderungen

Durch eine enge Verzahnung von Angeboten am Vor- und Nachmittag sowie den Wechsel von Unterrichts-, Förder- und Freizeit bieten rhythmisierte Ganztagschulen in Profil 3 die große Chance, Schüler*innen besser individuell zu fördern. Insbesondere Schüler*innen, die im Elternhaus bei Schulaufgaben nicht unterstützt werden können, können durch den Besuch von rhythmisierten Ganztagschulen profitieren. Aus diesem Grund fordern wir, analog zum fraktionsübergreifenden Vorschlag aus der Enquete-Kommission „Chancengleichheit in der Bildung“ in NRW, die Entwicklung von Schulen mit besonders heterogener Schüler*innenschaft und niedrigem Sozialindex hin zu rhythmisierten Ganztagschulen (Profil 3) stärker zu fördern, indem sie eine höhere Ressourcenzuweisung als bisher für das Ganztagsprofil 3 erhalten.

8. Programm zur Gewinnung von Lehrkräften in Mangelbereichen

Der Lehrkräftemangel ist allgegenwärtig, wie nicht zuletzt die zahlreichen Überlastungsanzeigen, Resolutionen und Hilferufe aus der Schulpraxis zeigen. Hinzu kommt: der Mangel ist nicht gleichmäßig verteilt. Er ist ausgerechnet dort besonders groß, wo der Bedarf am größten ist: in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik), wo es laut IQB-Bildungstrend erhebliche Lücken gibt und an Schulen mit Haupt- und Real-schulbildungsgang (vor allem Gesamtschulen) oder in der Förderpädagogik, wo die Schüler*innenschaft besonders heterogen und förderbedürftig ist. Wir GRÜNEN fordern deswegen eine weitere Öffnung der Lehrkräfteausbildung, um gezielt für Mangelbereiche auszubilden. Konkret wollen wir Modellversuche für duale Lehramtsstudiengänge und Quer-

einstiegsmaster in Mangellehrkräften und -fächern starten, um u.a. durch die Vergütung im Rahmen eines dualen Studiums neue Zielgruppen für den Beruf als Lehrkraft zu gewinnen. In einem ersten Schritt könnten solche Modellversuche bspw. an zwei lehramtsbildenden Universitäten in Hessen für drei Durchläufe gestartet werden. Diese sollten vorrangig in Mangellehrkräften wie dem Lehramt für Haupt- und Realschulen, für berufliche Schulen und für Förderpädagogik sowie für Mangelfächer, bspw. im MINT-Bereich, eingerichtet werden.

9. Reform der Lehrkräftefortbildung: mehr Zeit, mehr Praxisanteile, mehr Fortbildungen im Team

Die meisten Lehrkräftefortbildungen finden im Rahmen von einmaligen Halb-Tages-Veranstaltungen statt, haben den Charakter reiner Infoveranstaltungen ohne Praxisanteil und sind deswegen wenig nachhaltig. Zur Verbesserung der Unterrichtsqualität braucht es aber einen stärkeren Fokus auf längere Fortbildungsreihen, die eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Fortbildungsgegenstand ermöglichen und Inputphasen mit von den Fortbilder*innen begleiteten Erprobungs- und Anwendungsphasen im Unterricht sowie Reflexionsphasen verbinden. Dabei ist auch die Zusammenarbeit im Fachkollegium wichtig - Fortbildungen und Professionalisierungsmaßnahmen sind wirksamer, wenn sie nicht nur von einzelnen Lehrkräften einer Schule, sondern im Fachkollegium absolviert werden und das Erlernte dann auch gemeinsam im Schulalltag implementiert wird. Hierfür braucht es nicht zuletzt fest verankerte Zeiten zur kollegialen Fallberatung und für gegenseitige Hospitationen im Unterricht.

10. Modellprojekt für Schulleitungstandems aus pädagogischen und administrativen Schulleitungen

Die Arbeitsbelastung von Lehrkräften in Hessen und Deutschland ist hoch. Insbesondere Schulleitungen arbeiten oft deutlich mehr, als vertraglich/

beamtenrechtlich vereinbart, wie bspw. die jüngst veröffentlichte Arbeitszeitstudie mit Lehrkräften in Sachsen zeigt. Gleichzeitig haben Schulleitungen oft zu wenig Zeit, um sich um originär pädagogische Aufgaben, wie die Qualitäts- und Unterrichtsentwicklung ihrer Schule, zu kümmern, weil viel Zeit für Verwaltungsaufgaben anfällt. Wir wollen deswegen ein Modellprojekt für die Einführung von Schulleitungstandems aus pädagogischen und administrativen Schulleitungen an 50 Schulen starten. Die administrativen Schulleitungen sollen mit einer 50%-Stelle die pädagogischen Schulleitungen von Verwaltungs- und Managementaufgaben entlasten. Das Modellprojekt soll an besonders großen Schu-



len mit niedrigem Sozialindex gestartet werden. Die bestehenden Qualifizierungsangebote für (angehende) Schulleitungsmitglieder müssen zudem stärker am Thema Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht ausgerichtet werden. Darüber hinaus sollen Schulen vom Kultusministerium und der Lehrkräfteakademie stärker durch Mustervorlagen im Bereich der Schulentwicklung unterstützt werden, damit nicht jede Schule immer wieder das Rad neu erfinden muss.

3-Säulen-Modell für eine digitale Offensive an Hessens Schulen

In diesem Schuljahr ist das Handyverbot der schwarz-roten Landesregierung an Hessens Schulen in Kraft getreten. Auch wir GRÜNEN waren und sind dafür, die private Nutzung von Handys an Schulen einzuschränken, insbesondere für Grundschulen ist ein striktes Verbot richtig. Ein Handyverbot ohne eine Offensive für die Medienbildung und die digitale Bildung an unseren Schulen ist jedoch reine Symbolpolitik und wird an den zugrundeliegenden Problemen nichts ändern. Laut einer aktuellen Studie haben circa 40 Prozent der Achtklässler*innen in Deutschland keinen kompetenten und reflektierten Umgang mit digitalen Endgeräten, Informationen und Medien. Expert*innen zufolge spielen zudem die sozialen Medien, allen voran TikTok, bei der Radikalisierung junger Menschen eine große Rolle. Doch anstatt diesen unbestreitbaren Problemen mit mehr digitaler Bildung zu begegnen, ist die einzige Reaktion von Kultusminister Schwarz und der schwarz-roten Landesregierung ein pauschales Verbot von digitalen Endgeräten an Hessens Schulen. Ein Handyverbot allein ist aber noch keine Medien-



bildung.

Doch nicht nur hat der Kultusminister kein Konzept für eine bessere digitale Bildung der hessischen Schüler*innen – selbst die hessischen Lehrkräfte werden von ihrem Dienstherrn nicht in ausreichender Weise mit digitalen Arbeitsgeräten ausgestattet. Wie zahlreiche Resolutionen von Schulpersonalräten aus ganz Hessen in den vergangenen Wochen und Monaten kritisiert haben, arbeiten viele Lehrkräfte in

Hessen weiterhin bzw. erneut mit selbst angeschafften digitalen Endgeräten im Unterricht und zur Unterrichtsvor- und -nachbereitung. Denn veraltete oder kaputte Endgeräte, die im Rahmen des Digitalpakts angeschafft wurden, werden vom Land nicht ersetzt. Das ist ein inakzeptabler Umgang, der beispielhaft für den Zustand der hessischen Bildungsverwaltung steht.

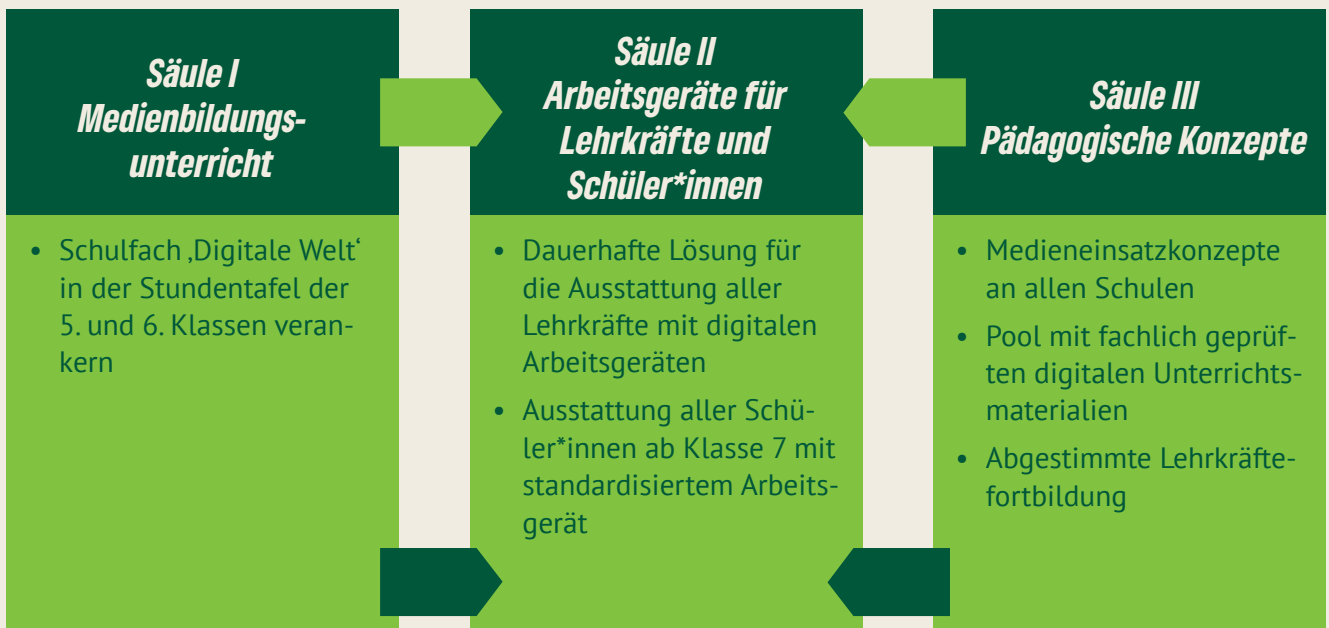
Wir GRÜNEN wollen, dass alle Schüler*innen einen verantwortungsvollen Umgang mit Medien lernen und dass Schule sie fit für das digitale Zeitalter macht. Und wir wollen zugleich die großen Chancen von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz (KI) für die pädagogische Weiterentwicklung von Schule nutzen – für neue Wege des Kompetenzerwerbs, der Ermittlung von Lernständen, der individuellen Förderung sowie zur Entlastung von Lehrkräften im Schulalltag. Dies wird aber nur gelingen, wenn Schüler*innen gleichzeitig die Risiken der Technologien erkennen. Wir schlagen deswegen eine digitale Offensive für Hessens Schulen vor, das auf drei Säulen beruht:

I. Säule: Verpflichtender Medienbildungsunterricht an allen weiterführenden Schulen

Im Bereich der Medienbildung haben wir in der letzten Legislaturperiode mit dem Pilotversuch zum Schulfach ‚Digitale Welt‘ einen wichtigen Grundstein gelegt. Bisher gibt es das Schulfach aber nur an 80 Schulen in Hessen. Dieser Schulversuch muss schnellstmöglich in den Regelbetrieb gehen und in der Stundentafel der 5. und 6. Klassen für alle weiterführenden Schulen in Hessen verankert werden.

II. Säule: Ausstattung aller Lehrkräfte und der Schüler*innen ab Klasse 7 mit digitalen Endgeräten

Die zentrale Voraussetzung für gelingende digitale Bildung an unseren Schulen ist, dass zunächst einmal alle Lehrkräfte von ihrem Dienstherrn mit digitalen Arbeitsgeräten ausgestattet sind. Mit



*So wollen wir GRÜNEN die digitale Bildung im Sinne unserer Schüler*innen und Lehrkräfte proaktiv gestalten – mit Medienbildung, die Gefahren ernst nimmt und einer standardisierten Ausstattung, die pädagogische Chancen nutzt und die Lehrkräfte entlastet.*

Unterstützung der Bundesmittel des Digitalpakts 2.0 muss das Land nun schnellstmöglich kaputte und veraltete Geräte ersetzen. Das allein reicht aber nicht. Es braucht eine dauerhafte Regelung zur Wartung, Reparatur und Neuanschaffung von Lehrkräftearbeitsgeräten. Es darf nicht sein, dass sich das Land von Digitalpakt zu Digitalpakt hangelt und nur Sorge für die digitale Infrastruktur an Hessens Schulen trägt, wenn der Bund alle paar Jahre Geld dazu gibt.

Zudem fordern wir eine flächendeckende Ausstattung aller Schüler*innen ab Klasse 7 mit einem standardisierten digitalen Arbeitsgerät durch das Land. Mit einem bezuschussten Miet-Kauf-Modell sollen die Anschaffungskosten zwischen Land und Eltern aufgeteilt werden. Für circa 20 Prozent der Schüler*innen, die keinen finanziellen Eigenanteil leisten können, sollen kostenlose Leihgeräte zur Verfügung gestellt werden. Die Endgeräte sollen über eine zentrale Geräteverwaltung bei den Schul-

trägern konfiguriert und gewartet, mit gewissen Schutzmechanismen versehen und mit der nötigen Lernsoftware bespielt werden.

/// Pädagogische Weiterentwicklung

Die technische Ausstattung der Schüler*innen ist für uns kein Selbstzweck. Sie soll helfen, Schüler*innen besser zu fördern und unsere Lehrkräfte entlasten – beispielsweise bei der Ermittlung von Lernständen oder bei der Wiederholung von Inhalten. Deswegen sollen an allen Schulen mit Unterstützung des Kultusministeriums Medieneinsatzkonzepte entwickelt bzw. weiterentwickelt werden, um den Einsatz der Geräte im Unterricht pädagogisch sinnvoll zu gestalten. Das Kultusministerium muss darüber hinaus einen Katalog mit fachlich geprüften digitalen Lernmitteln für alle Inhalte der Kerncurricula ab Klasse 7 aufbauen und die Lehrkräftefortbildung hierauf abstimmen und ausbauen.

Bildungspolitiker*innen der Fraktion



Julia Herz

Sprecherin für Frauen- und Gleichstellungspolitik, Jugend und Grundschulen

Kontakt: 0611 / 350 785 // j.herz@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Sickingenstr. 7-9 // 34117 Kassel // j.herz2@ltg.hessen.de



Daniel May

Sprecher für Bildung, Hochschulen für angewandte Wissenschaft und Hochschulmedizin

Kontakt: 0611 / 350 794 // d.may@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Rabanusstraße 35 // 36037 Fulda // d.may2@ltg.hessen.de



Sascha Meier

Sprecher für berufliche Bildung, politische Bildung und weiterführende Schulen

Kontakt: 0611 / 350 783 // s.meier@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Sickingenstr. 7-9 // 34117 Kassel // s.meier2@ltg.hessen.de



Katrin Schleenbecker

Sprecherin für Petitionen, Religion, lebensbegleitendes Lernen und schulische Inklusion

Kontakt: 0611 / 350 764 // k.schleenbecker@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Liebigstraße 83 // 35392 Gießen // k.schleenbecker2@ltg.hessen.de

IMMER EIN OFFENES OHR

Sie wollen mehr erfahren? Sie haben Ideen, Hinweise und Anregungen für die GRÜNE Bildungspolitik in Hessen? Dann kontaktieren Sie uns einfach. Wenden Sie sich entweder direkt an die oder den zuständige/n Abgeordnete/n, besuchen Sie uns im Internet oder in den sozialen Netzwerken.

 [instagram.com/gruenehessen](https://www.instagram.com/gruenehessen)

 [facebook.com/gruenehessen](https://www.facebook.com/gruenehessen)

 [youtube.com/hessengruen](https://www.youtube.com/hessengruen)

 [tiktok.com/@gruenehessen](https://www.tiktok.com/@gruenehessen)

 [gruene.social/@gruenehessen](https://www.gruene.social/@gruenehessen)

Impressum *Druck Februar 2026*

Herausgeberin:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
V.i.S.d.P.: Miriam Dahlke,
Parlamentarische Geschäftsführerin
Portraitfotos:
Grotensohn/Haupt - GRÜNE Fraktion